



Kooperation, Eigenverantwortung und Eigentum

BBV macht landwirtschaftliche Anliegen bei Konferenz deutscher Umweltminister deutlich

Kloster Banz (bbv) – Noch bis zum Freitag kommen die deutschen Umweltminister in Kloster Banz zusammen. Über 30 bayerische Landwirte haben zum Start der Umweltministerkonferenz (UMK) deutlich gemacht, dass sie mit ihrer nachhaltigen Wirtschaftsweise entscheidend zum Erhalt der vielfältigen Kulturlandschaft beitragen und gleichzeitig eine bedeutende Wirtschaftskraft im ländlichen Raum darstellen. „Für eine erfolgreiche Zukunftsperspektive der bayerischen Familienbetriebe muss in der nationalen Umweltpolitik neben der Ökologie und sozialen Aspekten gerade auch die Ökonomie ein gleichberechtigter Bestandteil der Nachhaltigkeit sein“, heißt es in einem Papier mit umweltpolitischen Grundsatzanliegen. Der oberfränkische Bauernpräsident Hermann Greif hat das Positionspapier des Bayerischen Bauernverbandes an die Vorsitzende der Umweltministerkonferenz, die bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf, übergeben.

Die Bauern forderten im Gespräch mit Scharf, sich die Umweltministerin dafür einsetzt, dass bei umweltpolitischen Maßnahmen die Eigentumsrechte gewahrt bleiben und der Eigenverantwortung ausreichend Platz eingeräumt wird. „Die Menschen auf den bäuerlichen Familienbetrieben haben eine umfangreiche Aus- und Fortbildung nachzuweisen, gleichzeitig verfügen sie über große Praxiserfahrung“, unterstrich Greif. Markenzeichen deutscher Umweltpolitik müsse deswegen der kooperative Weg sein. Mit freiwilligen Maßnahmen könne so gezielt die Umweltpolitik weiterentwickelt und zusätzliche Leistungen für Natur und Umwelt erbracht werden.

Stattdessen prasseln jedoch im Moment immer neue Regeln und Forderungen auf die bayerischen Bäuerinnen und Bauern ein. „Die Land- und Forstwirtschaft ist bereit sich stets weiterzuentwickeln. Allerdings muss mit Blick auf die vergleichsweise kleinen Strukturen in der bayerischen Landwirtschaft darauf geachtet werden, dass Familienbetriebe nicht mit immer neuen Regelungen und Verboten überfordert werden“, so die Forderung. Politische Entscheidungen müssen deshalb aus Sicht des BBV sachorientiert und auf wissenschaftlicher Basis erfolgen.

Ein Beispiel für den akuten Handlungsbedarf ist die Debatte um die Düngeverordnung: Viele der geplanten Änderungen sind nicht zu Ende gedacht oder gar kontraproduktiv für den Umweltschutz. Nach wie vor sind zahlreiche Fragen ungelöst, ein unausgeglichenes Regelwerk droht die Kreislaufwirtschaft auf vielen bayerischen Bauernhöfen auszuhebeln und gerade kleine Betriebe stehen manchen Plänen ratlos gegenüber. Der Bayerische Bauernverband hat deshalb eine Mitmachaktion unter www.meine-bauernfamilie.de gestartet. Dort kann mit einer Nachricht an Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt auf die Probleme bei der Düngeverordnung hingewiesen werden.

Die Landwirte forderten die Umweltminister auch auf, dass endlich ein wirksamer Flächenschutz durchgesetzt wird. Nach wie vor verschwinden in Deutschland täglich knapp 80 Hektar fruchtbarer Boden unter Beton und Teer. Um auch künftig ausreichend Flächen für die Erzeugung von Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen zur Verfügung zu haben, müssen aus Sicht der bayerischen Bauern dringend Maßnahmen gegen diesen rasanten Flächenfraß ergriffen werden.